06 / 2013 www.SBL2013.de 15.02.13

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich hoffe, ihr habt alle kräftig Karneval gefeiert und seid dabei alle gesund und fröhlich geblieben. Was war das wieder für eine Woche: erst tritt am Samstag Frau Schavan zurück, nachdem die Kanzlerin ihr ja ein paar Tage zuvor noch ihr vollstes Vertrauen ausgesprochen hatte- ein untrügliches Zeichen für einen Rücktritt… war bei Guttenberg, Jung & Co. auch schon so, tja und dann tritt am Montag auch noch der Papst zurück!
Und all diese News in einer Zeit, wo man eigentlich nicht vor dem Fernseher hocken, sondern lieber Karneval feiern sollte! Es war ein tolle Session und ich sage allen Jecken „Danke“, die mich bei den klasse Prunksitzungen zum Lachen gebracht haben. Vor allem auch den Rheinbrohlern, unter deren Fußgruppe ich mich im „Hünnijer Zug“ mischen durfte. Doch alles hat ein Ende: auch der Karneval. Jetzt startet die Fastenzeit und dies traditionell mit Heringsessen. Auch hier habe ich tolle Veranstaltungen am politischen Aschermittwoch im Wahlkreis erlebt. So starten wir in den Wahlkampf! Klasse! Herzlichst

eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

EU-Gipfel war nur ein Täuschungsmanöver

Was wurde das EU-Gipfel Ergebnis gefeiert. Wenn man sich dies aber etwas genauer anschaut, fragt man sich „warum“? Die einzige Antwort, die mir einfällt, ist, um von dem Rücktritt von Schavan abzulenken. Um was geht’s bei dem EU-Gipfel: Bei den Verhandlungen um das kommende EU-Budget scheinen Fakten keine Rolle mehr zu spielen. Das bisherige Ergebnis ist keine Grundlage für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik, die Europa in den kommenden sieben Jahren voranbringt.
Die Debatte um die EU-Finanzen hat sich in der irrationalen Taktiererei einiger Staats- und Regierungschefs, allen voran Angela Merkel, verloren. Sie ignoriert, dass es nicht plakativ um eine Billion für Brüssel geht.
Es geht um einen gemeinsamen Haushalt von 27 Ländern, der als Wachstumsmotor dienen soll und jährlich etwa 137 Milliarden umfasst. Etwa 94 Prozent dieses Budgets fließen direkt in die Mitgliedstaaten zurück. Deutschland profitiert von Europa, auch finanziell!
Um die Dimensionen zurechtzurücken: Die Summe der Budgets aller EU-Staaten beträgt fast 7.000 Milliarden Euro, das ist das 50-fache des gemeinsamen europäischen Haushalts. Von 100 Euro, die in Europa erwirtschaftet werden, fließt ein Euro in die EU. Der Versuch der Staats- und Regierungschefs, die Verhandlungen mit einem Taschenspielertrick zu retten, wird scheitern. Es ist unseriös, wenn die EU höhere Verpflichtungen eingehen darf, als sie tatsächlich an Mitteln zur Verfügung hat. Wohin dies führen kann, wurde kürzlich exemplarisch deutlich: Jungen Leuten war im Rahmen des Eurasmus-Programms eine Finanzierung ihres Auslandsaufenthalts zugesichert worden. Nach einigen Monaten mussten man jedoch zugestehen, dass kein Geld mehr da ist. Das zerstört Vertrauen und ist unverantwortlich. Das Europäische Parlament hat Recht, wenn es diese Politik nicht mitmacht und dem mehrjährigen Finanzrahmen in der vorliegenden Form nicht zustimmt.

Bildung

Hochschulpakt jetzt aufstocken

Seit langem ist klar, dass die zwischen Bund und Ländern vereinbarten Mittel für den Hochschulpakt nur bis 2014 reichen. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Bisher hat die Bundesregierung die Probleme ignoriert.
Mit dem Antritt der neuen Bundesbildungsministerin Johanna Wanka verknüpfen die Länder zu Recht die Erwartung, dass endlich neuer Schwung in die Sache kommt.
Denn sie kennt die Sorgen und Nöte der Hochschulen aus Sicht einer Landesministerin nur zu gut. Unsere Bundestagsfraktion unterstützt die Länder und Hochschulen und wird einen Antrag in den Bundestag einbringen, um schnellstmöglich ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.
Wir wollen damit die notwendige Finanzierung zusätzlicher Studienkapazitäten gewährleisten, sowie den Hochschulpakt auch für die Jahre nach 2015 auf sichere Füße stellen.

In eigener Sache

Vielleicht erinnert ihr euch noch an meinen Unfall im Juni vergangenen Jahres, wo ich mir meinen Arm so kompliziert gebrochen hatte, dass er mit einer Platte und neun Schrauben versehen werden musste.
Dieses Metall muss nun raus.
Damit ich pünktlich zum Wahlkampf wieder mit meinem Arm voll einsatzfähig bin, werde ich mich am 20. Februar operieren lassen, so dass in der nächsten Woche keine Ausgabe von „Sabines Woche“ erscheint, da ich ein paar Tage im Krankenhaus bleiben muss.

In der darauffolgenden Woche läuft dann alles wieder wie gehabt.
Bis dahin - passt auf euch auf & nehmt euch vor der Grippewelle in Acht!

Finanzen

Finanztransaktionssteuer-jetzt entscheidet politischer Wille

Der Donnerstag war ein guter Tag für Europa. Der Vorschlag der EU-Kommission zur Finanztransaktionssteuer ist eine gute Verhandlungsgrundlage. Die Kommission hat den Entwurf an einigen Punkten im Vergleich zu ihrem ersten Vorschlag vom Oktober 2011 sogar noch verbessert, etwa durch die Ergänzung des Ausgabeprinzips.

Viele Details aus dem heutigen Richtlinienentwurf wurden in den vergangenen Monaten schon umfassend am alten Vorschlag der Kommission diskutiert. Die hartnäckig von der Lobby am Leben gehaltenen Legenden sind vielfach widerlegt, etwa die große Belastung von Kleinsparern. Wer sich jetzt hinter Prüfaufträgen versteckt und jahrelange Diskussionen zwischen den Staaten prophezeit, setzt auf eine durchsichtige Verzögerungstaktik, die allein der Finanzlobby hilft. Mit dem nötigen politischen Willen kann die Steuer aber zum 1. Januar 2014 eingeführt werden.

Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble stehen in der Pflicht, ihre Zusagen im Rahmen der Fiskalpaktabstimmung einzuhalten. Wir werden darauf wie bisher mit Argusaugen achten.

Finanzminister Schäuble muss endlich einen klaren und verbindlichen Zeitplan vorlegen. Wir brauchen sowohl die regulierende Wirkung als auch die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer sehr schnell und wollen die notwendigen Entscheidungen noch 2013 sehen und fällen. Die Koalition steht in der Pflicht. Es darf hier kein Ausweichen geben.

Familie, Senioren Frauen und Jugend

Betreuungsgeld - Das Hin und Her in der Regierung

Mal hüh, mal hott, so könnte man die politische Arbeit der FDP beschreiben. Erst vor drei Monaten hat die FDP trotz großer Kritik die Einführung des Betreuungsgeldes im Bundestag beschlossen. Nun will sie es – passend zum Wahlkampf – wieder abschaffen.

Das ist eine Politik des Opportunismus, keine Politik der Verantwortung.

Unsere Bundestagsfaktion hat sich schon immer klar gegen das Betreuungsgeld ausgesprochen. Denn es wirkt bildungs-, gleichstellungs- und integrationspolitisch fatal.

Wir haben eine klare Vorstellung von Familienpolitik, die sich dauerhaft am Wohl der Familien orientiert.

Die FDP hingegen bleibt sich auch in ihrer Familienpolitik selbst treu, frei nach dem Motto „Denn sie wissen nicht, was sie tun."

Familienpflegezeit - Nicht mehr als ein Placebo

Schröders Familienpflegezeit ist auf ganzer Linie gescheitert. Gerade einmal 147 Anträge auf Familienpflegezeit sind seit 2012 eingegangen. Das verwundert nicht. Die Familienpflegezeit ist weder mit einem Rechtsanspruch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer versehen, noch wird eine Lohnersatzleistung gezahlt. Beides fordern wir seit langem. Wie viele Maßnahmen der Regierung im Bereich der Pflege ist die Familienpflegezeit nur eine Alibi-Maßnahme, die niemandem etwas bringt. Ähnlich wird es dem Pflege-Bahr ergehen.

Die Bundesregierung betreibt reine Symbolpolitik statt wirkliche Hilfe für Pflegebedürftige und Angehörige zu bieten.

Bonbon

"Ihre Aussagen haben die Halbwertszeit von Einwegunterwäsche."

(Klaus Ernst, Die Linke)

Bundesregierung

Merkel soll sich Beispiel an Frankreich nehmen

Frankreich hat in dieser Woche eine historische und wegweisende Entscheidung getroffen. Mit großer Mehrheit stimmten die Abgeordneten der Nationalversammlung für die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule.

Und nicht nur das: Auch das Adoptionsrecht wird den gleichgeschlechtlichen Paaren eingeräumt. Wie in Deutschland spricht sich in Frankreich die Mehrheit der Gesellschaft für gleiche Rechte und Pflichten für homosexuelle Mitbürger aus. Der französische Präsident Hollande hat sich zum Glück auch nicht durch diskriminierende und Ängste schürende Aktionen der Gegner dieser Gleichstellung einschüchtern lassen. Den selben Mut wünschen wir uns von Ihnen, Frau Bundeskanzlerin. Bis auf die Union bekennen sich alle im Bundestag befindlichen Parteien zur Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare.

Wir fordern CDU und CSU auf, nun endlich ihre rückständige und diskriminierende Blockadehaltung gegenüber Lesben und Schwulen in diesem Lande aufzugeben. Unter Bundeskanzler Gerhard Schröder ging die damalige rot-grüne Regierung in Sachen Gleichstellung von Homosexuellen in Europa voran. Unser Lebenspartnerschaftsgesetz schrieb Geschichte. Mittlerweile wurde in neun europäischen Ländern die Ehe für Lesben und Schwule geöffnet. Frau Bundeskanzlerin, warten Sie nicht wieder darauf, dass Sie vom Bundesverfassungsgericht vorgeführt und dazu gezwungen werden, auch hier in Deutschland das Leben und die Liebe von Homosexuellen zu akzeptieren und zu würdigen. Die Öffnung der Ehe wird kommen. Haben Sie den Mut und gehen Sie diesen Weg endlich mit.

Exkurs: Kirche

Die Nachricht vom Rücktritt Papst Benedikts XVI. hat uns überrascht. Papst Benedikt XVI. gebührt unser größter Respekt vor seiner Lebensleistung als Wissenschaftler, Geistlicher und Oberhaupt der katholischen Kirche. Wir haben Respekt vor seinem äußerst seltenen Schritt, den es zuvor erst einmal in der Geschichte dieses Amtes gab. Papst Benedikt XVI. hat diese souveräne Entscheidung wohlüberlegt getroffen und zeigt damit besondere Verantwortung für seine katholische Kirche.

Sein Auftreten beim Weltjugendtag 2005 in Köln hat hunderttausende Jugendliche aus aller Welt begeistert. Wir danken Papst Benedikt XVI. für seinen hohen persönlichen Einsatz und wünschen ihm alles Gute für seine Gesundheit.

Mit der Debatte um seine Nachfolge verbinden wir wie viele in Deutschland den Wunsch nach Reformen und nach mehr Alltagsnähe der katholischen Kirche in ihren Entscheidungen.

Viele engagierte Katholikinnen und Katholiken in Deutschland wünschen sich mehr Konsequenz bei der Aufklärung des Missbrauchsskandals, eine größere Akzeptanz verschiedener Lebensformen, eine Stärkung der Frauen in der Kirche und eine neue Öffnung zum ökumenischen Miteinander. Wir wünschen der katholischen Kirche viel Kraft für Erneuerungen.

Termine

15.02.13	**18.30 Uhr**	**Neujahrsempfang SPD Herdorf, Knappensaal**
17.02.13	**17.00 Uhr**	**Konzert Knappenkapelle Ev. Kirche, Daaden**
18.02.13 bis 22.02.13		**Sitzungswoche in Berlin**

ACHTUNG: ***Kursivgedruckte Termine*** sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.